



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Montag, 10. Januar 2011

Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Dezember informieren.

Über die Beratungen der CSU-Landtagsfraktion über den Staatshaushalt für die kommenden beiden Jahre 2011 und 2012 hatte ich Ihnen/Euch ja bereits im Dezember-Newsletter einige Informationen übersandt. Man kann gar nicht oft genug betonen, dass der Freistaat Bayern mit seiner Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen hat, dass wir in Bayern die Folgen der massiven Finanz- und Wirtschaftskrise recht schnell und gut überwinden konnten. Dabei haben Staatsregierung und Landtag zudem die Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit fest im Blick behalten - indem sie jeweils einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufgestellt haben. Diesen Weg setzt der Freistaat nun mit dem Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 konsequent fort. Hinzu kommt das Investitionsprogramm „Aufbruch Bayern“, das in den nächsten drei Jahren mit mehr als einer Milliarde Euro ausgestattet wird und bei den Bereichen Familie, Bildung und Innovation Schwerpunkte setzt.

Ins Bild passen hier die Ende Dezember für das Jahr 2011 bekannt gegebenen Schlüsselzuweisungen, mit denen der Freistaat die Kommunen in Bayern an den Steuereinnahmen des Freistaats beteiligt. Schlüsselzuweisungen haben generell die Aufgabe, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken. Finanzschwache Kommunen bekommen mehr, finanzstarke gehen dagegen in der Regel leer aus. Insgesamt werden die bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise im Jahr 2011 Schlüsselzuweisungen in Höhe von rund 2,6 Milliarden Euro erhalten. In unseren Landkreis Dachau fließen

davon 15.212.088 Euro, der größere Teil - mit 11.198.292 Euro - an den Landkreis selbst. Die kreisangehörigen Gemeinden werden zusammen 4.013.796 Euro erhalten - und damit 842.304 Euro oder 26,6 Prozent mehr als im Jahr 2010. Das ist ein erfreuliches Ergebnis, wie ich meine.

Auch bayernweit steigen die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2011 gegenüber dem vergangenen Jahr um 74 Millionen Euro. Trotz schwieriger finanzieller Ausgangslage hat der Freistaat damit auch in diesem Jahr eine kommunalfreundliche und von Staatsregierung und Kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam getragene Lösung gefunden. Dies ist nicht selbstverständlich. Denn seit 2009 haben Staat und Kommunen deutliche Rückgänge ihrer Steuereinnahmen zu verkraften.

Die Lösung bestand darin, dass Städte und Gemeinden stärker als bisher am allgemeinen Steuerverbund beteiligt werden. Der durch die Entwicklung des allgemeinen Steuerverbundes eigentlich vorgezeichnete Rückgang der Schlüsselzuweisungen wird durch die Anhebung der Kommunalquote am allgemeinen Steuerverbund auf 12,2 Prozent sowie durch Umschichtungen aus den Bereichen Krankenhaus und Abwasser um insgesamt rund 95 Millionen Euro mehr als aufgefangen. Dadurch ergibt sich nicht nur die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen in 2011 um die genannten 74 Millionen Euro, sondern - und das ist eigentlich noch wichtiger und erfreulicher - eine dauerhafte strukturelle Verbesserung der kommunalen Einnahmensituation.

Die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die einzelnen Landkreisgemeinden habe ich am 21. Dezember in einer Pressemitteilung bekannt gegeben, die unter http://www.bernhard-seidenath.de/presse/2010_12_21.pdf abrufbar ist.

Eine gewisse Unschärfe bietet der beiliegende Newsletter auf Seite 2 im Bereich der örtlichen Regelsätze für Sozialhilfeempfänger. Die Sätze waren in den drei Landkreisen Dachau, Fürstentum und München sowie in der Landeshauptstadt München, die für Sozialgeldempfänger bisher alle vom allgemeinen Regelsatz abgewichen sind, unterschiedlich geregelt. So wurden und werden auch weiterhin im Landkreis Dachau 378 Euro - statt des allgemeinen Regelsatzes von 359 Euro, der beispielsweise auch für die Empfänger von Hartz IV gilt - bezahlt (und nicht die im beiliegenden Newsletter genannten 384 Euro). Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts genügt das Gutachten, das im Landkreis bisher zu einer Festsetzung der Höhe auf 378 Euro geführt hat, allerdings nicht mehr den Anforderungen. Wenn ein Landkreis abweichen möchte, dann muss er - wie es das Gericht auch für den allgemeinen Regelsatz entschieden hat - eine regionalisierte und detaillierte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchführen, bei der eine repräsentative Anzahl von Bewohnerinnen und Bewohner des Landkreises Dachau über drei Monate hinweg jede einzelne ihrer Ausgaben dokumentieren müssen. Dies ist mit einem hohen Aufwand verbunden. Experten schätzen die Kosten für eine solche Untersuchung auf mindestens 200.000 Euro. Bis hier Näheres zu Kosten und Durchführbarkeit feststeht, wird der Landkreis Dachau allerdings den Sozialhilfe-Regelsatz in bisheriger Höhe von 378 Euro weiterzahlen. Dass diese 378 Euro nicht auf einer Grundlage ermittelt sind, die den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts genügt, will Landrat Hansjörg Christmann auf seine Kappe nehmen. Die Alternati-

ve wäre ja, dass Sozialgeldbeziehern ab dem 1. Januar nur 359 Euro bezahlt würden. Der Kreistag ist diesem Vorschlag unseres Landrats in seiner Sitzung vom 17. Dezember einstimmig gefolgt. Die Frage wird den Kreistag aber, da es sich hierbei, wie gesagt, nur um eine provisorische Lösung handelt, weiter beschäftigen.

In diesem Zusammenhang sei noch angemerkt, dass der allgemeine Regelsatz mit der geplanten Hartz-IV-Reform bundesweit einheitlich eigentlich zum Jahresbeginn von 359 auf 364 Euro angehoben werden sollte. Dies ist am Widerstand der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag gescheitert, die hierzu den Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag angerufen haben - und den Bedürftigen auf diese Weise Steine statt Brot gegeben haben. Denn so können bis auf weiteres monatlich nur 359 Euro ausbezahlt werden.

Im Plenum des Landtags hoch her ging es am 15. Dezember während der langen, dreitägigen Plenarsitzung vor der Weihnachtspause einmal mehr beim Thema Asylsozialrecht. Für die CSU-Fraktion durfte ich in der von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Handeln statt hetzen!“ ans Rednerpult treten und habe dabei dargestellt, dass sich gerade die Grünen im Bayerischen Landtag in Kollaboration mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat nicht an diese Maxime halten, mit der eigentlich Sozialministerin Christine Haderthauer ermahnt werden sollte. Dabei bin ich auch auf die zu diesem Zeitpunkt bereits angekündigte Demonstration von Asylbewerbern vor dem Bayerischen Sozialministerium vom 21. Dezember eingegangen. Allerdings konnte ich noch nicht wissen, dass während der Demonstration Essenspakete mit der Aufschrift „Annahme verweigert“ wie Müll vor dem Sozialministerium abgelegt werden würden. Zu Recht haben unzählige Leserbriefschreiber anschließend dieses Verhalten als undankbar und unwürdig bezeichnet. Einige haben - ebenfalls zu Recht - daran erinnert, dass viele Vertriebene und Flüchtlinge, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in großer Not nach Bayern gekommen sind, froh gewesen wären, wenn sie Lebensmittel erhalten hätten. Mit dieser Aktion hat der Flüchtlingsrat den Bogen nun meines Erachtens endgültig überspannt. Denn von einem Unmut in der Bevölkerung gegen Asylbewerber haben am wenigsten diejenigen Menschen etwas, die in einer elementaren Notlage zu uns kommen, um hier Schutz und Obdach zu finden.

Wer sich näher informieren will: mein Redebeitrag zur Aktuellen Stunde im Plenum ist unter <http://www.bernhard-seidenath.de/video.php> im Internet abrufbar.

Erfreulich ist, dass sich der Europäische Fußballverband UEFA Mitte Dezember beim Dachauer FC Bayern-Fanclub „Dachau City 95“ und damit bei allen Bürgerinnen und Bürgern in der Großen Kreisstadt Dachau sowie im gesamten Landkreis Dachau entschuldigt hat. Sie habe Maßnahmen ergriffen, die sicherstellen, dass Dachauer Fußballfans das Spiel ihrer Mannschaft künftig genießen können, und dabei „ihre Herkunft mit Stolz und Freude feiern“ können. Dies halte ich für eine bemerkenswerte Aussage, für die ich - ebenso wie Oberbürgermeister Peter Bürgel und unsere Bundestagsabgeordnete, Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt - dankbar bin. Denn das

Schreiben der UEFA vom 16. Dezember ist genau das, was wir erreichen wollten. Insbesondere freut mich in dem Brief die Passage, die auf die Rolle Dachaus eingeht und das Verhältnis der Stadt zu den Gräueltaten der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft beleuchtet. Dies zeigt, dass die UEFA die aktuelle Rolle Dachaus als Gedenk- und Erinnerungsort wahrgenommen hat, was für alle Bürgerinnen und Bürger der Großen Kreisstadt und des Landkreises Dachau von hoher Bedeutung ist. Ich zolle der UEFA Respekt und Genugtuung, dass sie mit diesem Schreiben und insbesondere mit ihrer Entschuldigung den Banner-Streit zu einem guten Ende gebracht hat. Das Schreiben der UEFA habe ich diesem Newsletter im Wortlaut beigelegt.

Andere Entwicklungen geben Anlass zur Sorge: So hat der Skandal um dioxinbelastetes Futtermittel in diesen Tagen gezeigt, dass es Bereiche gibt, in denen die Politik und die gesetzgebende Gewalt an ihre Grenzen stoßen. Auch noch so scharfe Gesetze allein helfen nichts, wenn es Menschen mit krimineller Energie gibt, die sich einfach nicht an sie halten wollen. Man kann nur von perverser Geldgier sprechen, wenn so genannte „Unternehmer“ wegen eines Mehrerlöses von 500 Euro pro Tonne sowohl die Gesundheit der Verbraucher als auch den Ruf einer ganzen Branche aufs Spiel setzen, mit nicht absehbaren Folgen für die gesamte landwirtschaftliche Produktion in unserem Land. Hier hilft nur ständige Wachsamkeit im Verbund mit engmaschigen Kontrollen. Ich habe dabei hohen Respekt vor den vier im Landkreis wirkenden Lebensmittelkontrolleuren, die ihre hochverantwortliche Aufgabe mit großem persönlichem Einsatz ausüben. Einen Tag lang hatte ich zwei Kontrolleure einmal auf ihren Dienstgängen begleitet - in eine Betriebskantine, in ein Dachauer Restaurant und in einen Lebensmittelmarkt. Dabei wird kritisch auf jedes Detail geachtet.

Eine andere Schlussfolgerung aus diesem Skandal ist die weitere Stärkung des Prinzips der Regionalität bei der landwirtschaftlichen Produktion und Vermarktung, wie wir sie mit dem Label „Dachauer Land“ ja bereits haben. Dieses Logo, das die Verbraucher inzwischen in vielen Hofläden und anderen Verkaufsstellen im Landkreis finden, wird umso mehr zum echten Qualitätssiegel, je unabhängiger die landwirtschaftlichen Produzenten von Lieferungen sind, die sie nicht unter Kontrolle haben.

Diese Entwicklung wird sicherlich auch eine Rolle spielen in der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth, die nun aktuell in dieser Woche bis zum Donnerstag, 13. Januar, stattfinden wird. Weitere Themen der Klausur werden Berichte von Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon über ein „Konzept einer Steuerreform für Deutschland“ sowie über die „Stabilitätspolitik im Euro-Raum“ sein, auf dem Programm stehen zudem ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, sowie mit dem Bayerischen DGB-Chef Matthias Jena über den „Arbeitsmarkt der Zukunft“ und eine intensive Beschäftigung mit der Frage, wie die erfolgreiche Politik für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Bayern fortgesetzt werden kann. Hierzu werden sich die Abgeordneten mit mittelständischen Unternehmern in Workshops zusammensetzen und die Themenbereiche „Innovation“, „Demogra-

phie“ und „Steuern, Finanzen, Bürokratie“ jeweils näher beleuchten. Impulsreferate von zwei Unternehmen tragen die Überschrift „Mittelstand als Innovationsmotor“ und „Existenzgründer sichern die Zukunft“. Darüber hinaus wird der neue hessische Ministerpräsident Volker Bouffier zu einem Gespräch mit der Landtagsfraktion nach Kreuth kommen - auf der Herbstklausur der Fraktion im September 2010 in Kloster Banz hatten wir in gleicher Weise bereits mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister sowie mit dem Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen, Stanislaw Tillich, gesprochen. Den Abschluss der Kreuther Klausurtagung bildet, wie gewöhnlich, ein Grundsatzreferat unseres Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Horst Seehofer.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre sowie ein gutes, glückliches und vor allem gesundes neues Jahr 2011!

Mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Bernhard Seidenath". The signature is written in a cursive style with a large initial 'B'.

Bernhard Seidenath

Doppelhaushalt 2011/2012 – „Haushalt des Aufbruchs“

Nach **guten und intensiven Beratungen billigte** die **CSU-Fraktion** in ihrer letzten Sitzung vor der parlamentarischen Weihnachtspause die **Grundstruktur des Doppelhaushalts 2011/2012**.

Mit diesem „**Haushalt des Aufbruchs**“ legen wir **zum einen** das **sechste und siebte Jahr** in Folge einen **Haushalt ohne neue Schulden** vor. Damit schaffen wir, bundesweit einmalig, die **Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung Bayerns** und eine **generationengerechte Politik**.

Zum anderen investieren wir zusätzlich **insgesamt rund 1,068 Milliarden Euro** gezielt in die **Zukunft der Menschen** in unserem Land. Davon entfallen **227 Millionen Euro** auf den Schwerpunktbereich **Familie**, **389 Millionen Euro** auf **Bildung** und **452 Millionen Euro** auf den Bereich **Innovation/Investition**.

Unsere **Zukunftsstrategie** unter dem **Motto „Aufbruch Bayern“** besteht dabei **einerseits** aus **bayernweiten Projekten**, die **regional ausgewogen** allen Regierungsbezirken zugute kommen. Darunter fallen beispielsweise Maßnahmen für den Straßenbau und

die Infrastruktur im ländlichen Raum, das Breitbandförderprogramm und der Ausbau der Kinderbetreuung. **Andererseits** investieren wir in **zukunfts-trächtige Einzelprojekte**, die konkret den jeweiligen Regierungsbezirken in Bayern zugeordnet werden.

Damit haben wir uns als **CSU-Fraktion** bei den Beratungen **mit Erfolg** für eine **solide und nachhaltige Haushaltspolitik** eingesetzt.

Mit dem **Doppelhaushalt 2011/2012** **sparen wir intelligent** und setzen gleichzeitig **wichtige Impulse für die Zukunft**.

Durch die **wichtige politische Weichenstellung**, den **Doppelhaushalt 2009/2010** zu unserem **Konjunkturprogramm für Bayern** zu machen, sind wir **jetzt in der Lage**, einen „**Haushalt des Aufbruchs**“ **vorzulegen** und die positive Entwicklung unseres Landes weiter voranzutreiben.

Gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben wir es damit **geschafft, Bayern besser** aus der **wohl schwersten globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise** seit Ende des Zweiten Weltkriegs **zu führen**, als dies vielen anderen Ländern gelungen ist.

Unangemessene Härten vermeiden: Örtliche Regelsätze auch in Zukunft ermöglichen

Die Landeshauptstadt München sowie die Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck und München haben auf der Grundlage einer entsprechenden Ermächtigung **regionale Regelsätze zur Gewährung von Sozialleistungen** bestimmt und zuletzt einen **örtlichen Regelsatz von 384,- Euro** gewährt.

Vor dem Hintergrund der **zu erwartenden bundesgesetzlichen Änderungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** wird es diesen Kommunen voraussichtlich **nicht mehr ohne Weiteres möglich** sein, Leistungen in Höhe dieser regionalen Regelsätze zu erbringen.

Um die damit zwangsläufig verbundenen Absenkungen der Leistungen für Sozialhilfeempfänger zum Jahresende zu verhindern, hat der Landtag die **Staatsregierung** auf der Basis eines **von der CSU-Fraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrags** einstimmig **aufgefordert**, nach Vorliegen der ersten entsprechenden kommunalen Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EWS) **erneut eine Landesverordnung zu erlassen**, die eine **höhere Leistung möglich** macht. Um Härtefälle zu vermeiden, werden die Leistungen bis dahin von den Kommunen weiter gewährt.

Gegen „Apotheken light“ – Pick-up-Stellen unverzüglich verbieten

In einem Flächenstaat wie Bayern ist ein **flächendeckendes Netz inhabergeführter Apotheken** zur qualitativ hochwertigen und sicheren Arzneimittelversorgung der Bevölkerung gerade auch im ländlichen Raum **unabdingbar**.

Der **Arzneimittelversandhandel über sogenannte Pick-up-Stellen in Discountern**, bei denen Arzneimittelbestellungen vor allem niederländischer Versandapotheken aufgegeben und die versendeten Arzneimittel abgeholt werden können, **gefährdet** nicht nur das **wirtschaftliche Überleben kleinerer Landapotheken**, sondern auch die **Gesundheit der Patientinnen und**

Patienten. Eine qualifizierte persönliche Beratung und doppelte Kontrolle von Verschreibungen durch Ärzte und Apotheker ist vor allem im Hinblick auf mögliche gravierende Neben- und Wechselwirkungen von Medikamenten entscheidend. Gerade dies findet aber in einer Pick-up-Stelle im Discounter nicht statt.

Wir haben die **Staatsregierung deshalb in einem Antrag** noch einmal **nachdrücklich in ihrem Bemühen unterstützt**, die **bewährte flächendeckende Arzneimittelversorgung der Bevölkerung durch inhabergeführte Apotheken vor Ort** und rund um die Uhr zu erhalten.

Außerdem haben wir sie darin be-
stätigt, das **von der Bundesregierung
geplante gesetzliche Verbot** solcher

Pick-up-Stellen im Bundesrat **zu unter-
stützen.**

Bund weiter in die Verantwortung für Mehrgenerationenhäuser nehmen

In den **Jahren 2011 und 2012** läuft die
bisherige Förderung des Bundesfa-
milienministeriums für das **Aktions-
programm Mehrgenerationenhäuser**
aus.

Für viele Mehrgenerationenhäuser war
der **fünfjährige Förderzeitraum zu
kurz**, um eine sich selbst tragende Fi-
nanzierungsstruktur aufzubauen. Da
der **Bund** diese Projekte angestoßen
hat, steht er nach unserer Überzeu-
gung **auch in der Verantwortung**, die-
se gerade auch mit Blick auf die demo-

graphische Entwicklung in **nachhaltige
Strukturen zu überführen.**

Die CSU-Fraktion hat die **Staatsregie-
rung daher in einem Antrag aufge-
fordert**, sich nachdrücklich **dafür ein-
zusetzen**, dass der **Bund** zumindest
diejenigen Mehrgenerationenhäuser,
die nach Auslaufen seiner bisherigen
Anschubfinanzierung keine gesicherte
Finanzierung aufweisen, befristet über
den bisher festgesetzten Förderzeit-
raum hinaus **weiter zu fördern.**

Keine weitere Bürokratie beim Schutz von Dauergrünland

Die **bürokratischen Vorgaben** aus
Cross Compliance sind außerordent-
lich umfangreich und haben zwischen-
zeitlich eine **Dimension erreicht**, die
**weder von Experten noch von be-
troffenen Landwirten überblickt wer-
den kann.**

Außerdem besteht die **Gefahr**, dass es
durch weitere Auflagen in diesem Be-
reich zu **zusätzlichen Wettbewerbs-
verzerrungen innerhalb der EU**
kommt. Gerade auch die Erfahrungen
aus der Umsetzung des Erosionsge-
fährdungskatasters haben gezeigt, wie
schwierig eine praxisgerechte Umset-
zung weiterer Vorgaben ist.

Deshalb haben wir die **Staatsregie-
rung in einem Antrag aufgefordert**,
beim Bund dafür einzutreten, dass die
**von der EU-Kommission geforder-
ten Nachbesserungen** zum Schutz
des Dauergrünlands **auf das unbe-
dingt notwendige Maß beschränkt**
und dadurch mögliche Anlastungen
verhindert werden.

Dazu sollen die bereits bestehenden
Umbruchbeschränkungen in die bun-
deseinheitlichen Regelungen eingear-
beitet werden, ohne die freiwilligen
Leistungen für die Landwirtschaft zu
gefährden.

Zentrum für islamische Studien nach Bayern holen

In seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ vom 29. Januar 2010 **regte der Wissenschaftsrat die Gründung von deutschlandweit zwei bis drei Zentren für islamische Studien an.**

Die **Universität Erlangen-Nürnberg beteiligte** sich neben anderen Universitäten an dem **vom Bund ausgeschriebene Auswahlverfahren**, um die in Aussicht gestellte finanzielle Beteiligung an den Aufbaukosten eines solchen Zentrums zu erhalten. In der Begutachtung der Projektskizze im Oktober 2010 wurde die Universität Erlangen-Nürnberg aufgefordert, diese in bestimmten Punkten zu überarbeiten und Ende Januar 2011 erneut zur Entscheidung einzureichen.

Zur **Stärkung unserer bayerischen Hochschullandschaft** wollen wir ein **Zentrum für islamische Studien nach Bayern holen.**

Außerdem sind wir der festen Überzeugung, dass **an bayerischen Hochschulen ausgebildete Imame** künftig einen **wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Integration in Bayern lebender Muslime** leisten können.

Wir haben die **Staatsregierung deshalb in einem Antrag aufgefordert**, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mitteln die **Bewerbung der Universität Erlangen-Nürnberg weiter zu unterstützen** und gemeinsam mit dieser das Konzept entsprechend zu überarbeiten.

Barrierefreies Internetserviceangebot der Staatsregierung weiter ausbauen

Der **rasante Fortschritt** in der Informationstechnik **schafft neue Möglichkeiten**, Menschen mit **Sehbehinderung** stärker an der Wissens- und Informationsgesellschaft **teilhaben zu lassen.**

Durch eine **Vorlesesoftware** sowie veränderbare Schriftgrößen und Kontrasteinstellungen – wie sie bereits auf den Internetseiten der CSU-Landtagsfraktion, der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags

zum Einsatz kommen – können **bestehende Barrieren weiter abgebaut werden.**

Wir haben daher die **Staatsregierung aufgefordert**, die Internetseiten **aller Staatsministerien mit entsprechender Vorlesesoftware auszustatten.** Darüber hinaus sollen auf den Seiten die **technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden**, dass

Schriftgröße und Farbkontrast von Texten verändert werden können.

Bayerische Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickeln

In einem **interfraktionellen Antrag** auf **Initiative der CSU-Fraktion** haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, die seit 1992 geltenden **Grundsätze bayerischer Entwicklungszusammenarbeit zu aktualisieren**.

Die vom Ministerrat am 13.10.1992 zuletzt beschlossenen Grundsätze sind **zwischenzeitlich veraltet**, weil sie u. a. die Beschlüsse der Ministerpräsidenten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder (1994, 1998 und 2008), die Millennium Development Goals (MDGs), diverse (Fehl-)Entwicklungen im Rahmen der Globalisierung und die zunehmende Verzahnung mit bürgerschaftlichem Eine-Welt-Engagement **nicht berücksichtigen**.

Damit der **Landtag** die **entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung** zukünftig **noch intensiver be-**

gleiten kann, haben wir auf unsere Initiative hin einen **weiteren interfraktionellen Antrag** eingebracht, in dem die **Staatsregierung aufgefordert** wird, dem Landtag in gegebenen Abständen einen **schriftlichen Bericht über die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Freistaats Bayern zu geben**. Dieser soll u. a. eine Auflistung der von Bayern finanziell geförderten Projekte im Ausland, der Unterstützung staatlicher Durchführungsorganisationen und politischer Stiftungen sowie einen Überblick über die Förderung entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Bayern enthalten. Darüber hinaus soll er Auskunft geben über die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen, so wie diese gemäß der Beschlüsse der Ministerpräsidenten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gefordert ist.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Bericht Eiweißstrategie

In einem **weiteren Antrag** hat die CSU-Fraktion die **Staatsregierung aufgefordert**, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen **Sachstandsbericht** zu den Erkenntnissen und möglichen Handlungsempfehlungen hinsichtlich der

Verbesserung der heimischen Eiweißfuttermittelversorgung abzugeben. Dabei soll auch auf das Thema der **Wettbewerbsfähigkeit** der in Bayern produzierten Eiweißfuttermittel eingegangen werden.

Mediationsverfahren in der Sozialgerichtsbarkeit

Wir haben die **Staatsregierung aufgefordert**, dem Landtag über den aktuellen Stand der in der Sozialgerichtsbarkeit im Freistaat Bayern eingeführten Mediationsverfahren zur gerichtlichen Mediation zu berichten.

Kommunales Abgabenrecht

In einem **weiteren Antrag** haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit **schriftlich zu berichten**, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf für die Bildung von zweckgebundenen „Rückstellungen“ zur Finanzierung von wirtschaftlich ver-

nünftigen Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen der örtlichen Abwasserversorgung besteht und welche Abhilfemöglichkeiten ggf. in Betracht kommen.

Dabei soll insbesondere darauf eingegangen werden, wie sichergestellt werden kann, dass keine Gebührenüberforderung von Bürgern und Wirtschaft eintritt und welche weiteren Aspekte (z. B. Zweckbindung, Verwendungsfrist, Verwendungspflicht, Verzinsung, Auswirkungen auf Beitragserhebungen und steuerliche Folgen) beachtet werden müssten. Falls möglich, soll für jeden Lösungsvorschlag eine bezifferte Kostenfolgenabschätzung unter besonderer Berücksichtigung der zu erwartenden Auswirkungen auf die Höhe der Abwassergebühren vorgelegt werden.



WE CARE ABOUT FOOTBALL



Union des associations européennes de football

MdL Bernhard Seidenath
Abgeordneter Bayerischer Landtag
Maximilianeum
81627 München
Germany

Ihre Zeichen

Ihre Korrespondenz vom

Unsere Zeichen
CID

Datum
16.12.2010

Betreff

Sehr geehrter Herr Seidenath,

Anbei finden Sie die Kopie des Schreibens, das an Herrn Peter Bürgel am 16.12.2010
versandt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

U E F A

Dana Cifrova
Dana Cifrova
Executive Office Assistant

Anlage: 1



Union des associations européennes de football

General Secretary

Mr Peter Bürgel
Oberbürgermeister der Grossen Kreisstadt
Dachau
Konrad-Adenauer-Strasse 2-6
85221 Dachau
Germany

Your reference
Kar

Your correspondence of
11.10.2010

Our reference

Date
16.12.2010

RE: Fanclub "Dachau City 1995"

Dear Lord Mayor,

We have read your letter with great attention and concern and have fully investigated the security checks of the Santiago Bernabeu Stadium in Madrid on the day of the UEFA Champions League final 2010.

As you know, for years now UEFA has taken a very strong stance against any form of discrimination, and made great efforts to protect football fans from violence or any other threats to their security. Working with our member associations, participating clubs, governmental and police authorities, we have worked tirelessly to clean our game of all gestures or activities that could incite violence or create an atmosphere of disrespect or exclusion. Our efforts to confront racism, in particular, have been conducted in collaboration with Football Against Racism in Europe (FARE), a European network of non profit organisations active in the fight against discrimination.

We regret that within the context of these activities, banners with the inscription Dachau were confiscated. In no way has UEFA ever given instructions that the name of Dachau should be associated with Nazism. Your town is definitely a victim of the most horrible period of Europe's contemporary history and has the full right to take a distance from the crimes which were committed there.

While understanding how, in the shadow of history, stewards felt uneasy about how these banners could be interpreted, we wish to apologize for what turns out to have been a mistake. We have taken measures to ensure that from now on, football fans from Dachau can enjoy the game, celebrating their origins with pride and joy.

Yours sincerely,

U E F A


Gianni Infantino
General Secretary

cc: Gerda Hasselfeldt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Bernhard Seidenath, Abgeordneter, Bayerischer Landtag

Route de Genève 41
CH-1260 Nyon ;
Tel. +41 848 00 27 2
Fax +41 848 01 27 2